

Nr. 174
Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow
Moskau, 10. Februar 1990

BK, 21 – 30130 S 25 – De 2/1/90, Bd. 20, Bl. 98–123. – Vermerk des MD Teltschik, 14. Februar 1990. Entwurf und 3 Ausfertigungen. Geheim. – Gesprächsdauer: 16.00 bis 18.30 Uhr.

Teilnehmer:

Tschernajew, Persönlicher Berater des Generalsekretärs
 Horst Teltschik, Ministerialdirektor
 zwei Dolmetscher

GS Gorbatschow begrüßte den Bundeskanzler. Sie würden sich in einer Zeit treffen, die es erforderlich mache, immer wieder zu Gesprächen zusammenzukommen, zu schreiben oder miteinander zu telefonieren. Er erinnere sich sehr oft an die Gespräche in Bonn.¹ Man lebe jetzt in einer besonders dynamischen Zeit, die mit sehr großen Veränderungen verbunden sei. Vor einiger Zeit habe es noch den Anschein gegeben, als würde alles noch in den Wolken schweben. Heute sei alles sehr aktuell. Die Feststellung, daß die persönliche Zusammenarbeit besonders eng sein müsse, sei deshalb ganz richtig gewesen. In der Sowjetunion befinde man sich jetzt immer in Spannung, um, wie es in einem russischen Sprichwort heiße, kein unnötiges Holz zu fällen.

Der Bundeskanzler bedankte sich für das freundliche Willkommen. Für ihn persönlich wie für beide handele es sich um ein sehr wichtiges Gespräch. Damit sei er einverstanden, fügte GS Gorbatschow hinzu. Er wolle an die Begegnung in Bonn anknüpfen, fuhr der Bundeskanzler fort. Sie hätten damals sehr gute Gespräche gehabt, die er sehr ernst genommen habe und heute fortsetzen wolle. Sie hätten in Bonn eine Gemeinsame Erklärung unterschrieben,² die nach wie vor Punkt für Punkt gelte. Man müsse jetzt die anstehenden Probleme in diesem Geiste lösen. In der Zwischenzeit seien viele Veränderungen eingetreten, nicht zuletzt durch die Aktivitäten des Generalsekretärs. In der Bundesrepublik herrsche über die Erfolge des Generalsekretärs und die Ergebnisse seiner Reformpolitik große Befriedigung. Er könne sich sehr gut vorstellen, was vor und während des ZK-Plenums³ hinter den Kulissen alles losgewesen wäre. Und auch im Plenum, fügte GS Gorbatschow hinzu.

Der Bundeskanzler gratulierte dem Generalsekretär zum Ergebnis des ZK-Plenums. Der Generalsekretär genieße in der Bundesrepublik viele Sympathien. Er selbst teile diese Sympathien. Eine sehr interessante Probe davon habe er gerade erlebt. Viele Deutsche seien dafür, daß die Bundesregierung die sowjetischen Reformen unterstütze, wie sie es gerade mit der Lebensmittelaktion⁴ getan habe.

GS Gorbatschow bedankte sich für diese Aktion. Sie sei ein Zeichen offener Solidarität und reiche über die Vorgeschichte ihrer Beziehungen hinaus. Er verstehe sehr gut, daß hinter dieser Aktion die Position des Bundeskanzlers, der Bundesregierung sowie der Geschäftsleute zu sehen sei. Aber auch der Wille, zum Erfolg des Generalsekretärs beizutragen. Dies sei durchaus eine Novität. Der Bundeskanzler stimmte zu.

Der Bundeskanzler berichtete, daß er auf der Fahrt vom Flughafen Außenminister Schevardnadse gesagt habe, daß diese Aktion seinen Zusagen im Sommer entspreche. Er habe dem Generalsekretär damals gesagt, daß er es ihn wissen lassen solle, wenn er hilfreich sein könne. Diese Zusage gelte auch weiterhin. Er wolle, daß der Generalsekretär Erfolg habe.

1 Nr. 2 – Nr. 4.

2 Nr. 4 Anm. 1.

3 Nr. 155 Anm. 5.

4 Ebd., Anm. 4.

GS Gorbatschow erwiderte, daß er sich für ein solches Herangehen schon im voraus bedanke. Dies sei für ihn mehr als eine reine Aktion. Er lege Wert darauf, sie als politische Aktion zu bewerten.

Der Bundeskanzler leitete auf die Entwicklung in der DDR über. Seit ihrer Begegnung in Bonn sei es zu einer dramatischen Entwicklung gekommen, die niemand vorausgeahnt habe. In den letzten vier, fünf Wochen seien noch einmal dramatische Veränderungen eingetreten. Es sei jetzt sein Wunsch, eine enge Zusammenarbeit aufzunehmen sowohl zwischen dem Generalsekretär und ihm als auch mit den USA und den anderen Partnern, damit keine chaotischen Entwicklungen einträten.

Er sehe zwei Schienen für die weitere Entwicklung: Die erste betreffe die Zusammenarbeit zwischen den Deutschen und die zweite den internationalen Rahmen, die Einbeziehung der Nachbarn, ihre Interessen, insbesondere die der Sowjetunion, die Fragen der Sicherheit und der europäischen Einbettung. Beide Entwicklungsströme gehörten zusammen und seien nur zusammen denkbar.

Er wolle zuerst auf die deutschen Probleme eingehen, ohne damit diesen Zusammenhang aufzugeben. Der Bundeskanzler erinnerte Generalsekretär Gorbatschow an das Telefongespräch nach der Wahl von Egon Krenz zum Generalsekretär der SED.⁵ Damals habe er Gorbatschow gesagt, daß er nicht glaube, daß Krenz die Probleme lösen könne. Dies sei auch so eingetreten. Dann sei Modrow als Ministerpräsident gefolgt. Er halte ihn für einen aufrichtigen Mann. Bei seiner Begegnung mit Modrow im Dezember⁶ habe er gedacht, daß dieser die Sache in die Hand bekomme. Sicherlich sei damals schon erkennbar gewesen, daß der Prozeß voll im Gang sei, dennoch habe er gedacht, daß das Tempo kontrollierbar bleibe. Am 19. Dezember sei er mit Modrow in Dresden zusammengetroffen. Sie hätten eine Reihe von Fragen besprochen. Damals sei die Überlegung gewesen, Verhandlungen über eine Vertragsgemeinschaft einzuleiten, zu einem späteren Zeitpunkt konföderative Strukturen zu entwickeln und eines Tages darüber hinauszugehen. Das Konzept von Modrow habe sich auf Wirtschaftsreformen und auf die Vorbereitung eines Wahlgesetzes beschränkt.

Die Lage um die Jahreswende sei schwierig, jedoch ziemlich stabil gewesen. Danach sei innerhalb von 14 Tagen ein Einbruch erfolgt. Die Diskussion über die Reform des Staatssicherheitsdienstes habe katastrophale Wirkungen ausgelöst. Ungefähr seit Mitte Januar sei die Staatsautorität der DDR zusammengebrochen. Es gebe kein anderes Wort für diese Entwicklung. Die Wirkungen seien katastrophal.

1989 habe es 380 000 Übersiedler aus der DDR gegeben. Davon seien 200 000 unter 30 Jahre alt. Es gingen aus der DDR vor allem junge Leute weg, Fachkräfte, Computerexperten, Ingenieure und andere mehr. Wenn man in Moskau glaube, daß diese Menschen die DDR wegen des Geldes verließen, dann sei dies eine falsche Beurteilung. Die Geldleistungen der öffentlichen Hand würden keine Rolle spielen. Jeder Übersiedler erhalte lediglich 200 DM als Begrüßungsgeld und nach Nachweis einer Wohnung ein zinsgünstiges Darlehen von 4000 DM, das sich bei jeder weiteren Person um 1000 DM erhöhe. Es treffe also nicht zu, daß das Geld die entscheidende Rolle für die Entscheidung der Menschen spiele, die DDR zu verlassen. Anfang Januar sei die Zahl der Übersiedler zurückgegangen. Mitte Januar sei dann ein dramatischer psychologischer Einbruch erfolgt, der sofort die Zahlen wieder ansteigen ließ. Im Januar dieses Jahres seien rd. 55 000 Menschen aus der DDR übergesiedelt. Für den Februar erwarte er voraussichtlich 65 000 bis 70 000 Übersiedler. Aus diesem Grunde sei es schon wichtig gewesen, daß die Wahl in der DDR von Mai auf den März vorgezogen worden sei. Welche Wirkung die Wahl auf die Zahl der Übersiedler haben werde, könne man nicht voraussehen.

5 Nr. 123 Anm. 6.

6 Nr. 129.

Der Bundeskanzler berichtete über sein Gespräch mit Ministerpräsident Modrow vor 8 Tagen in Davos.⁷ Dort habe Modrow ihm berichtet, daß die staatliche Autorität vor dem Zusammenbruch stehe. Dies sei beinahe unvorstellbar. Die Beispiele seien jedoch bekannt. Beispielsweise würden Betriebe in der DDR untereinander nur noch auf der Grundlage der D-Mark Ware liefern. Niemand könne dagegen einschreiten. Bürgermeister und Kreise erklärten sich unabhängig und setzten sich über die Entscheidungen in Berlin hinweg. Besonders besorgniserregend seien die Racheakte. Die Verfahren gegen Führungsleute nähmen zu. Er habe Ministerpräsident Modrow und öffentlich dringend zur Zurückhaltung geraten. Er wisse, daß Ministerpräsident Modrow solche Racheakte nicht betreibe, sondern sie bremsen. Es gebe jedoch Staatsanwaltschaften, die sich auf diese Weise reinwaschen wollten. Die mittlere Verwaltungsebene sei besonders betroffen. Mehrere hundert Verfahren seien eingeleitet. Diese Ebene sei für das System der DDR von besonderer Wichtigkeit. Das jüngste Beispiel habe er gestern früh erfahren. Es sei jedoch noch nicht öffentlich bekannt. Der Magistrat von Ost-Berlin sei an den Senat von West-Berlin mit der Bitte herangetreten, alle kommunalen Dienste wie Krankenhäuser, Verkehr, Polizei, Müllabfuhr und anderes mehr für Ost-Berlin zu übernehmen.⁸ Inzwischen würden sich auch Offiziere der Nationalen Volksarmee bei der Bundeswehr bewerben. Er könne noch andere Beispiele aufzählen. Dies alles sei nicht vorauszusehen gewesen. Es sei heute jedoch Realität.

Auf diese Weise sei er innerhalb von wenigen Tagen in einen ungewöhnlichen Zugzwang geraten, weil er dafür Sorge tragen müsse, daß die Menschen in der DDR bleiben, sonst könne die Wirtschaft nicht stabilisiert werden und das Krankenwesen werde zusammenbrechen. In der DDR herrsche heute eine depressive Stimmung. Bisher sei alles ungeheuer friedlich verlaufen. Die Demonstrationen erreichten eine Größe von 500 000 Teilnehmern. Sie würden aber bisher alle friedlich verlaufen. Es gebe keine Radikalisierung. Das seien nur Gerüchte. Die Menschen würden jedoch ihre Hoffnung auf die Bundesrepublik richten. Wenn eine Radikalisierung vermieden werden solle, dürften diese Hoffnungen nicht enttäuscht werden. GS Gorbatschow wisse, was dies bedeute. Schließlich seien in der DDR rund 400 000 sowjetische Soldaten mit ihren Angehörigen stationiert. GS Gorbatschow habe die Pflicht, sich für sie einzusetzen. Er wolle ausdrücklich sagen, daß er dieses elementare Interesse unterstütze. Alle von ihm aufgeführten Beispiele seien beweisbar.

Er wolle heute folgende Prognose über die weitere Entwicklung stellen. Im März werde die Wahl stattfinden. Er werde alles tun, um einen Kollaps der DDR vor der Wahl zu verhindern, auch einen wirtschaftlichen. Nach der Wahl werde sich das Parlament konstituieren und eine Regierung ernennen. Er sage voraus, daß das neue Parlament sich für die Einheit aussprechen werde, unabhängig davon, wie die Wahl ausgehen werde. In der DDR gebe es heute keine Partei, die die Einheit ablehne. Dies gelte auch für die PDS. Er sei sich sicher, daß Parlament und Regierung die Einheit Deutschlands verlangen werden.

In diesem Fall werde es darauf ankommen, vernünftig zu reagieren. Deshalb habe er den Vorschlag gemacht, eine Währungsunion und eine Wirtschaftsgemeinschaft zu entwickeln,⁹ um die Wirtschaft in der DDR möglichst rasch wieder auf die Beine zu bringen, einen Rück-

7 Nr. 158.

8 In einem Gespräch mit Bundesminister Seiters am 15. Februar 1990 äußerte Regierender Bürgermeister Momper die Erwartung, daß „einzelne Bereiche der kommunalen Versorgung Ost-Berlins demnächst ausfallen werden“. Auch „die Ost-Berliner Verwaltung (Magistrat, Bezirksverwaltungen)“ werde „in Kürze funktionsunfähig“. Er gehe davon aus, daß „dann die Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben von West-Berlin erwartet werde unter Aufgabe der 1948 vollzogenen Trennung (der Senat hat stets den Anspruch erhoben, für Groß-Berlin zuständig zu sein, die Berliner Verfassung gilt rechtlich ebenfalls für Groß-Berlin)“ (Vorlage des Ministerialdirigenten Duisberg an den Bundeskanzler, 16. Februar 1990; BK, 22 – 35004 [12] De 27 Bd. 3, Bl. 17 f.). Medienberichte dazu: „Im Rathaus zieht's“, in: Wirtschaftswoche (Frankfurt/Main). 44. Jg. Nr. 9. 23. Februar 1990, 18, 21; „Dreck um die Ohren“, in: Der Spiegel. 44. Jg. Nr. 9. 26. Februar 1990, 80, 82.

9 Nr. 169A.

gang der Umsiedler zu erreichen und evtl. welche zur Rückkehr zu veranlassen. Dieser Vorschlag bringe für die Bundesrepublik Probleme mit sich, die jedoch lösbar seien. Auch er müsse mit Ärger in der Bundesrepublik rechnen. Damit müsse er jedoch leben. Dies störe ihn nicht sonderlich. Er müsse jedoch handeln, wenn das Angebot zur Einigung da sei.

Er wolle aber mit Nachdruck sagen, daß er nur in engem Kontakt mit dem Generalsekretär handeln wolle, weil ein solcher Prozeß elementare Interessen der Sowjetunion berühre. Einen Punkt wolle er noch ergänzen. In der DDR habe eine intensive Diskussion über die Kernkraftwerke begonnen. Hier handele es sich um ein Problem, das alle betreffe. Umweltschutzminister Töpfer sei von der DDR-Regierung gebeten worden, die Sicherheitsvorsorge für die DDR-Kernkraftwerke zu übernehmen. Töpfer habe ihm gesagt, daß er dies nicht könne. Einige Anlagen in der DDR wie z. B. in Greifswald müßten sofort geschlossen werden, weil sie älter seien als das Kernkraftwerk in Tschernobyl. Es komme nicht von ungefähr, daß besonders viele Menschen Greifswald verließen und in die Bundesrepublik umsiedeln würden. GS Gorbatschow könne sich sicher noch an die hysterischen Reaktionen nach dem Zwischenfall in Tschernobyl erinnern. Ähnliche Ängste würden jetzt auch wieder über die Presse verbreitet.

Zusammenfassend wolle er sagen, daß er es drehen und wenden könne, wie er wolle: Die Frage der Entscheidung stünde kurz bevor. Er wäre froh, wenn er mehr Zeit zur Verfügung hätte. Aber er werde nicht mehr gefragt. Die Entwicklung komme unaufhaltsam auf ihn zu. Was die internationale Einbettung der deutschen Frage und damit die zweite Schiene betreffe, wolle er GS Gorbatschow sagen, daß er gewillt sei, alles in einem vernünftigen Miteinander zu machen. Die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion wolle er berücksichtigen, sowohl die tatsächlichen als auch die, die im Psychologischen lägen. Er wisse, daß er die Vergangenheit einbeziehen müsse. Dies gelte sowohl gegenüber der Sowjetunion als auch gegenüber Frankreich, den Niederlanden und den anderen. Dies alles gehöre auch zur Realität. GS Gorbatschow stimmte zu.

Er, der Bundeskanzler, habe den Wunsch, mit GS Gorbatschow ganz persönlich das vor ihnen liegende Jahrzehnt der Geschichte so zu gestalten, daß sie beweisen könnten, daß sie beide aus der Geschichte gelernt hätten. Er wolle deshalb ausdrücklich sagen, daß er das heutige Gespräch als ein erstes Gespräch von mehreren verstehe, das möglichst bald fortgesetzt werden sollte. GS Gorbatschow stimmte zu.

Der Bundeskanzler erläuterte, daß über alle diese Fragen der internationalen Einbettung auch mit den anderen Partnern gesprochen werden müsse. Er sehe folgende Ausgangslage: Die staatliche Einigung Deutschlands umfasse die Bundesrepublik, die DDR und Berlin. Wenn der Zeitpunkt der Einigung erreicht werde, müsse sie vertraglich abgesichert werden. Dann könne auch die Grenzfrage endgültig geregelt werden. Er wisse, daß es in Moskau Bedenken wegen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts gebe. Dieses Urteil stelle jedoch kein Problem dar. Eine gesamtdeutsche Regierung und ein gesamtdeutsches Parlament könnten die Grenzfrage definitiv entscheiden und würden sie entscheiden. In dieser Frage gebe es keinen Grund für Mißtrauen.

Ein schwieriges Problem stelle die unterschiedliche Bündniszugehörigkeit beider deutschen Staaten dar. Es seien jedoch bereits in diesem Jahr Fortschritte in der Abrüstung zu erwarten, wie dies auch das Gespräch des Generalsekretärs mit dem amerikanischen Außenminister Baker aufgezeigt habe. Er trete entschieden für Verhandlungsergebnisse in Wien, bei START und bei den Genfer Verhandlungen über ein weltweites Verbot der C-Waffen ein. Er wolle nur einen Satz noch hinzufügen: Wenn sich die zukünftige Entwicklung so abzeichne, dann werde sich auch die Frage der Modernisierung von Kurzstreckensystemen neu stellen. Auch darüber werde man dann rechtzeitig miteinander reden müssen.

Mit Nachdruck stellte der Bundeskanzler fest, daß eine Neutralisierung mit der Bundesregierung nicht durchsetzbar sei. Dies wäre darüber hinaus eine historische Dummheit. Die

Geschichte habe gezeigt, daß es ein Fehler gewesen sei, Deutschland nach 1918 unter einen Sonderstatus zu stellen. Der Sinn von Rapallo¹⁰ sei ja gewesen, Deutschland aus diesem Sonderstatus herauszuholen.

Natürlich könne die NATO ihr Gebiet nicht auf das heutige Gebiet der DDR ausdehnen. Erforderlich seien jedoch Regelungen, um ein Einvernehmen zu finden. Er sei sich sicher, daß er die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion richtig einschätzen könne.

Er wolle ganz offen darüber sprechen, daß er wisse, daß der Generalsekretär und die sowjetische Führung insgesamt die Entwicklungen und Ereignisse ihren Bürgern erklären können müßten. Das eine sei, was sie miteinander bereden würden, das andere, was die Menschen darüber denken. Die Ereignisse weckten Erinnerungen an den Vater, an den Bruder, die im Krieg gefallen seien. Diese Erinnerungen müsse man ernst nehmen. Wenn sie jedoch nicht jetzt handeln würden, werde sich die Lage kritisch entwickeln. Dies wolle er vermeiden, und deshalb sei es jetzt wichtig, mit den Partnern, den Nachbarn und den Freunden über alle diese Fragen zu sprechen. Das Thema der deutschen Einheit sei jetzt auf der Tagesordnung. GS Gorbatschow selbst habe einmal gesagt: „Wer zu spät komme, den bestrafe das Leben.“ Dies sei genau der Punkt. GS Gorbatschow stimmte zu.

Die Hauptsache sei, erwiderte GS Gorbatschow, daß man verstehe, wo die Geschichte gemacht werde. Er wolle zuerst ein paar Fragen an den Bundeskanzler richten. Er verstehe ihn so, daß jetzt die Stabilisierung der Wirtschaft in der DDR im Vordergrund stehen müsse. Dies bedeute, warf der Bundeskanzler ein, ein anderes Wirtschaftssystem für die DDR. Dies sei eine gewaltige Aufgabe.

GS Gorbatschow befragte den Bundeskanzler nach seinen zeitlichen Vorstellungen, wenn er über die Verwirklichung der Währungsunion und der Wirtschaftsgemeinschaft spreche. Diese Frage sei nicht zu beantworten, erwiderte der Bundeskanzler. Ende Dezember hätte er noch von einem Prozeß von Jahren gesprochen. Dies wäre auch vernünftig gewesen und entspreche auch der Meinung aller Ökonomen. Inzwischen sei jedoch eine Lage eingetreten, daß er nicht mehr gefragt werde. Die Menschen würden mit ihren Füßen entscheiden. In Wochen oder Monaten könnte ein Chaos eintreten, wenn er nicht auf diese Entwicklung reagiere. Dies sei der entscheidende Punkt.

Die Frage von Generalsekretär Gorbatschow, ob der Bundeskanzler die Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft sofort nach den Wahlen beginnen wolle, beantwortete der Bundeskanzler positiv. Dabei ginge es nicht mehr darum, ob er dies wolle. Er verweise nur auf das Beispiel des Ost-Berliner Magistrats. Nächste Woche werde der Regierende Bürgermeister von Berlin zu ihm kommen.¹¹ Dieser werde ihm dann sagen, daß er einen solchen Wunsch des Ost-Berliner Magistrats nicht ablehnen könne, doch Bonn müsse für diese Leistungen West-Berlins zahlen. Die Ordnung löse sich auf, das Chaos nehme zu. Erforderlich seien für eine Währungsunion eine entsprechende Gesetzgebung und die notwendigen Rahmenbedingungen, wenn die Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft funktionieren sollten. Als er seine zehn Punkte vorgelegt habe, sei es ihm darum gegangen, etappenweise vorzugehen, Punkt für Punkt die Probleme zu lösen.

GS Gorbatschow erklärte, daß er nicht ganz verstanden habe, was der Bundeskanzler gemeint habe, als er von einem Vertrag über die Grenze gesprochen habe. Was solle noch geregelt werden?

Der Bundeskanzler verwies auf den Moskauer und [den] Warschauer Vertrag. Ob diese noch einmal bestätigt werden sollten, fragte GS Gorbatschow.

10 Vertrag von Rapallo zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, 16. April 1922, in: Reichsgesetzblatt. Teil II. Jahrgang 1922. Hg. vom Reichsministerium des Innern. Berlin, 677f.

11 Anm. 8; auch Nr. 185.

Der Bundeskanzler bejahte dies. Es handele sich jedoch dabei um Verträge mit der Bundesrepublik Deutschland. Sie müßten deshalb nach Herstellung der staatlichen Einheit erneut bestätigt werden. Dies verstehe er, erwiderte GS Gorbatschow. Sie müßten jedoch nicht bestätigt, sondern vielmehr bekräftigt werden. Der Bundeskanzler fügte hinzu, daß das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nur für die Bundesrepublik Deutschland gelte.

Werde die Bundesrepublik verschwinden?, fragte GS Gorbatschow. Habe der Bundeskanzler keine Angst davor?, fügte der Generalsekretär lachend hinzu. Dann werde der Bundeskanzler die Bundesrepublik also begraben!?

Dies werde dann kein Schaden sein, erwiderte der Bundeskanzler. Ein neuer Vertrag werde dann nicht erforderlich sein. Der neugebildete deutsche Staat könne in den Vertrag eintreten, wenn Moskau bzw. Warschau zustimmten. Dies sei mehr eine technische als eine politische Frage. Die Hauptfrage sei der Status des künftigen Deutschlands, vor allem der militärische. Dies sei die Hauptfrage, fügte GS Gorbatschow hinzu. Eine Lösung dieser Frage sei möglich, erwiderte der Bundeskanzler. Das Interesse des Generalsekretärs sei es, das Sicherheitsinteresse der Sowjetunion zu wahren. Das deutsche Interesse sei, die Souveränität zu wahren und Regelungen zu finden, die auf beiden Seiten Vertrauen schaffen würden. Dies sei jedoch nicht nur eine Frage der Deutschen, sondern auch der USA, Großbritanniens und Frankreichs, deren Interessen ebenfalls berührt seien. GS Gorbatschow stimmte zu. Seiner Meinung nach könne man vieles tun, fuhr der Bundeskanzler fort. Er wolle beispielsweise feststellen, daß die Position eines geeinten Deutschlands in der Frage von ABC-Waffen die gleiche sein werde wie die heute der Bundesrepublik. Dies sei sicherlich ein wichtiger Punkt für alle Partner. So sei es auch gut, daß Großbritannien und Frankreich über Waffen verfügten, die die Deutschen nicht hätten. Er befürchte nicht, daß diese die Waffen einsetzen könnten; sie seien jedoch von psychologischer Bedeutung.

GS Gorbatschow fragte den Bundeskanzler, ob es sich nicht so ergeben könne, daß das pluralistische System in der Bundesrepublik und der Wahlkampf jetzt einen Mechanismus in Gang gesetzt und einen Wettbewerb ausgelöst hätten zwischen allen Gruppen, wer aktiver für die Wiedervereinigung eintrete, was die Lage in der DDR weiter verschärfen würde und die Spaltung der Gesellschaft immer tiefer lassen werde. Werde dies nicht von der Bundesrepublik betrieben, und setze sich damit nicht eine gefährliche Entwicklung fort? Es gebe doch jetzt einen Wettbewerb zwischen den Parteien gegenüber der DDR um die Herstellung der Einheit. Sei die DDR nicht Geisel einer solchen Wahlkampagne?

Der Bundeskanzler verneinte diese Frage. Nach seiner Meinung wäre eine ruhigere Entwicklung möglich gewesen, wenn Honecker früher mit Reformen begonnen hätte. Dies habe er ihm auch gesagt, warf GS Gorbatschow ein.

Der Bundeskanzler erwiderte, daß es zwischen dem Generalsekretär und ihm glücklicherweise menschliche Beziehungen gebe, um offen sprechen zu können. Er wolle deshalb den Generalsekretär fragen: Wo stünde heute die Sowjetunion, wenn Gorbatschow nicht die Führung übernommen hätte? Die Gegner des Generalsekretärs würden weder die Zeit noch die Menschen begreifen. Er könne nicht beurteilen, ob alle Entscheidungen richtig seien. Dies sei auch nicht seine Aufgabe. Dennoch habe er den Eindruck, daß alles, was der Generalsekretär tue, auf die Zukunft ausgerichtet sei. GS Gorbatschow stimmte zu. Der Bundeskanzler fuhr fort, daß politische Führer die Geschichte kennen müßten, sonst würden sie die Gegenwart nicht begreifen. Dies reiche jedoch nicht aus, wenn nicht gleichzeitig die Zukunft gestaltet werde. Honecker habe weder die Entwicklung in Ungarn noch in Polen noch in der Sowjetunion wahrgenommen, sondern nur nach Bukarest gesehen.

Die Wahlen in der DDR seien nicht von der Bundesrepublik aus gesteuert. Als er am Dienstag vor Weihnachten in Dresden auf dem Flughafen gelandet sei, habe er noch auf der Gangway zu seinem Minister hinter ihm gesagt, daß die Reise gelaufen sei. Tausende von Menschen hätten ihn auf dem Flugplatz und Hunderttausende in der Stadt begrüßt. Er habe in

seinem Leben noch nie eine solch schwierige Rede gehalten wie in Dresden.¹² Der Generalsekretär habe sicher die Bilder gesehen und die Rede gelesen. Dann habe er auch festgestellt, was er in Dresden zur Sowjetunion gesagt habe über die Notwendigkeit, den Weg gemeinsam mit der Sowjetunion zu gehen.

Was den Wahlkampf in der DDR betreffe, müsse der Generalsekretär wissen, daß es sich im Falle von Thüringen und Sachsen um uralte deutsche Provinzen handle, die von einer großen Parteigeschichte geprägt seien. Männer wie Marx, Engels, Lassalle und Bebel kämen von dort. Vor 1914 hätten beispielsweise in Eisenach und Gotha große SPD-Parteitage stattgefunden. 1932 hätten die Kommunisten in Sachsen neben der SPD in der Wahl die meisten Stimmen erhalten. Deshalb sei es von Anfang an klar gewesen, daß die SPD in der DDR eine bessere Ausgangsposition haben werde. 1945 sei die SPD mit den Kommunisten unter kräftiger Nachhilfe von Schukow und anderen zusammengeschlossen worden. Jetzt hätten sich diese Parteien wieder neu gebildet. Willy Brandt sei ja dem Generalsekretär gut bekannt. Er ziehe jetzt wie ein alter Bischof oder Metropolit durch die DDR, mit segnender Hand und als Ehrenvorsitzender der SPD.

Der Bundeskanzler säße auch nicht nur zu Hause, wenn er auch nicht mit dem Wanderstab in der DDR unterwegs sei, warf GS Gorbatschow ein. Er habe auf die Diskussion des Bundeskanzlers in Davos geachtet. Dort habe der Bundeskanzler verschiedene Überlegungen geäußert, die er aufmerksam gelesen habe. Dabei sei es auch um das Thema der Nichteinmischung gegangen. Der Bundeskanzler stelle es als inneren Zerfall der DDR dar. Der Bundeskanzler stimmte zu.

GS Gorbatschow fuhr fort, daß er den Standpunkt des Bundeskanzlers verstanden habe. Er müsse jedoch ganz offen sagen, daß die Bundesrepublik über alle Kanäle die Entwicklung in der DDR beeinflusse. Aber dies sei die Sache der Deutschen; sie hätten das Recht, selbst zu entscheiden. Er wolle jetzt die Hauptsache ansprechen: Vertreter der DDR hätten die Bundesrepublik gebeten, sie nicht als kleine Kinder zu behandeln. Dies täten wir nicht, warf der Bundeskanzler ein.

GS Gorbatschow berichtete dem Bundeskanzler, daß er die Worte des Bruders¹³ von Präsident von Weizsäcker aufmerksam gelesen habe. Er kenne sie nicht, erwiderte der Bundeskanzler. Er werde es sagen, fuhr GS Gorbatschow fort, um folgende Frage an den Bundeskanzler stellen zu können: Wollte der Bundeskanzler mit seinen Ausführungen sagen, daß die Probleme der Vereinigung Deutschlands nicht mehr im Rahmen der europäischen Einigung, sondern außerhalb gelöst werden sollten? Der Bundeskanzler verneinte dies. Für ihn bestünde zwischen beiden Entwicklungen kein Unterschied.

GS Gorbatschow fuhr fort, er glaube, daß es zwischen der Sowjetunion, der Bundesrepublik und der DDR keine Meinungsunterschiede über die Einheit gebe und über das Recht der Menschen, die Einheit anzustreben und über die weitere Entwicklung zu entscheiden. Was den Hauptausgangspunkt betreffe, bestehe zwischen ihnen beiden Einvernehmen, daß die Deutschen ihre Wahl selbst treffen müßten. Die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR müßten es selbst wissen, welchen Weg sie gehen wollten. Der Bundeskanzler bekräftigte, daß die Entscheidung für die Einheit eine deutsche Angelegenheit sei.

GS Gorbatschow bekräftigte, daß dies die Deutschen in der BRD und der DDR auch wissen sollten. Es müsse die Wahl der Deutschen sein, jedoch im Kontext, im Kontext der Realitäten, auf die sich der Bundeskanzler berufe. Dazu gehöre die Tatsache, daß es einen Krieg gegeben habe, der uns ein Erbe hinterlassen habe. Sie seien dabei, dieses Erbe zu überdenken und es zu ändern. Es gehe jetzt darum, Konfrontation und Spaltung zu überwinden. Sie hätten bereits einen europäischen Prozeß in Gang gesetzt und ein neues Denken in der Außen-

¹² Nr. 131 Anm. 7.

¹³ Carl Friedrich von Weizsäcker.

politik eingeleitet. In diesem Rahmen habe jetzt eine neue Phase für die deutsche Frage begonnen. Er glaube, daß die Deutschen in Ost und West bereits bewiesen hätten, daß sie die Lehren aus der Geschichte gezogen haben. Dies würde in Europa und weltweit positiv bewertet werden. Die Bestätigung dafür, daß sie die Lehre aus der Geschichte gezogen hätten, sei der Satz, der heute sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR gelte: Von deutschem Boden dürfe kein Krieg mehr ausgehen.

Der Bundeskanzler erwiderte, daß er diesen Satz immer positiv ausdrücke: Von deutschem Boden müsse Frieden ausgehen.

Dies sei sehr wichtig, fuhr GS Gorbatschow fort. Dies sei in dieser Etappe ein wichtiger Punkt, daß die Deutschen sich für den Frieden entschieden hätten. Der Bau des vereinigten Deutschlands müsse auf festen Fundamenten errichtet werden; man brauche eine Struktur im Zusammenhang mit einem vereinigten Deutschland. Deshalb habe er auch nach den Grenzen gefragt. Das sei für ihn auch eine fundamentale Frage. Er sage dies alles, weil sich manche schon bemühen würden, noch andere Fragen dazwischenzuschieben, während das neue Deutschland schon zu sehen sei.

Der Bundeskanzler erläuterte seine Position zur Oder-Neiße-Grenze.

GS Gorbatschow erwiderte, daß der Bundeskanzler jedoch anerkennen müsse, daß alle politischen Führungen, bei ihm in der Sowjetunion, bei Jaruzelski, bei Mazowiecki, in der Tschechoslowakei, ihre Probleme damit hätten. Wenn der Bundeskanzler darauf geachtet habe, konnte er feststellen, daß über diese Frage auch auf dem ZK-Plenum gesprochen wurde und, ob sie die Opfer des Zweiten Weltkrieges bereits vergessen hätten. Dies werde kein einmaliger Vorgang bleiben, der zufällig geschehen sei. Es sei vielmehr ein großes Thema, das der Bundeskanzler berücksichtigen müsse. Im übrigen müsse der Prozeß des sich vereinigenden Deutschlands Schritt für Schritt erfolgen und im internationalen Kontext.

Der Bundeskanzler unterstrich noch einmal seine Position, daß von deutschem Boden Frieden ausgehen müsse. Dies setze jedoch voraus, daß der innere Friede gewahrt bleibe. Im Zusammenhang [mit] der Oder-Neiße-Frage wolle er jedoch noch hinzufügen, daß dies mehr oder weniger das einzige offene Problem sei. Dagegen gebe es gegenüber der Tschechoslowakei keine Probleme mehr. Vor 14 Tagen hätte die Sudetendeutsche Landsmannschaft eine Erklärung abgegeben, daß es keine Grenzprobleme mit der Tschechoslowakei gebe, kein Wunsch nach Vergeltung, sondern die Zusammenarbeit angestrebt werden müsse.¹⁴

Was er erreichen wolle, sei, in der Frage der Oder-Neiße-Grenze auch die innere Zustimmung der großen Mehrheit der betroffenen Deutschen zu erhalten. Er sehe dafür eine gute Chance. Er habe sich zu dieser Frage auch in Paris geäußert.¹⁵ Die polnische Seite hielte diese Aussage für völlig ausreichend und habe zustimmend reagiert.

GS Gorbatschow berichtete, daß er vor zwei Tagen mit Jaruzelski gesprochen habe, der ihm gesagt habe, daß er sich mit dem Bundeskanzler treffen werde und die Grenzfrage ansprechen solle. Jaruzelski habe in Polen eine gute Position. Er sei ein erstaunlicher Mann, warf der Bundeskanzler ein. GS Gorbatschow fuhr fort, daß er gesagt habe, daß der reale Prozeß der Einigung Deutschlands unter Berücksichtigung der inneren Prozesse und unter Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Völker in Gang gekommen sei.

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß die Menschen ihre Entscheidung entsprechend ihrem Interesse treffen würden und im Rahmen des internationalen Kontexts. Die Grenzfrage sei dabei eine der Fragen. Der Generalsekretär könne jedoch diese Frage vergessen, weil sie am Tage X entschieden werde. Er sehe sich jedoch nicht in der Lage, dies heute zu tun, und

14 Erklärung des Präsidiums des Sudetendeutschen Rates, 26. Januar 1990, in: Sudetendeutsche Zeitung (München). 42. Jg. Folge 5. 2. Februar 1990, 1.

15 Nr. 138 Anm. 1.

bitte um Verständnis dafür. Der Generalsekretär könne ihn jedoch zum gegebenen Zeitpunkt beim Wort nehmen. Er verstehe dies, erwiderte GS Gorbatschow.

(Im Rahmen einer privaten Einlassung des Bundeskanzlers erinnerte GS Gorbatschow den Bundeskanzler, daß dieser ihn nach Rheinland-Pfalz eingeladen habe. Er wolle diese Einladung in Erinnerung rufen. Der Bundeskanzler begrüßte dies ausdrücklich.)

GS Gorbatschow berichtete, daß er bereits mit der Perestroika viele Sorgen habe, jetzt sei auch noch das deutsche Problem hinzugekommen. Trotzdem müßten sie sich treffen. Er wolle jetzt darüber sprechen, wie er an die deutsche Frage herangehen wolle und was seine prinzipielle Position sei. Er habe gesagt, daß die Geschichte über diese Frage entscheiden werde. Wann und in welcher Form ihre „Hoheit“, die Geschichte, diese Frage entscheide, sei auch verknüpft mit den Bemühungen der Sowjetunion und auch von den Veränderungen abhängig, die sich in der Sowjetunion vollzögen. Es gelte jetzt, die Situation nach historischen Kriterien zu beurteilen. Es gebe verschiedene Emotionen. Es komme jedoch auf den realen Kontext und auf die damit verbundenen sozialen Fragen an. Die Verantwortung der Politiker müsse in einer solchen Situation wachsen. Es habe sich ergeben, daß die deutsche Frage die Entwicklung der Weltpolitik in den letzten Jahren beeinflusst habe. Sie seien bereit zusammenzuarbeiten. Die Zusammenarbeit müßte auf solche Weise geschehen, daß die Grundlage der Beziehungen mit der DDR und der Bundesrepublik nicht in Zweifel und nicht in Frage gezogen oder unterminiert werde. Die Beziehungen müßten vielmehr bereichert werden. Historisch habe es sich ergeben, daß sich die Beziehungen zur DDR besonders reich entwickelt hätten.

Der Bundeskanzler erwiderte, daß es ihm bewußt sei, daß sich für die Sowjetunion vor allem im Bereich des Handels und der wirtschaftlichen Beziehungen mit der DDR Probleme ergäben. Er wolle deshalb klar ankündigen, daß er bereit sei, in diese Vereinbarungen einzutreten, wenn die deutsche Einheit erreicht werde. GS Gorbatschow nickte zustimmend. GS Gorbatschow erklärte, daß dies eine Frage des Gesprächs sei und für ihn in den besprochenen Kontext gehöre.

Dies nehme er zur Kenntnis, erwiderte der Bundeskanzler. Er wisse, daß dies eine sehr wichtige Frage für den Generalsekretär sei, aber es sei zugleich auch eine zusätzliche Chance für die Entwicklung der Beziehungen.

Dies betrachte er auch so, erwiderte GS Gorbatschow, weil im Rahmen der Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern die Bundesrepublik den ersten Platz einnehme. So habe es sich ergeben, daß sie heute schon mit den Deutschen die umfangreichsten Beziehungen hätten. Es liege ihm sehr daran, erklärte der Bundeskanzler, daß sie sehr schnell über diese Fragen sprechen würden. Er wolle nicht, daß in der sowjetischen Führung Mißtrauen aufkomme, weil bestimmte Dinge nicht funktionieren würden, obwohl die Verantwortung nicht bei der Bundesrepublik liege. Er sei sich klar, daß im Falle der Vereinigung Deutschlands Bereiche der DDR für die Sowjetunion nicht mehr ansprechbar seien und dies die Gefahr von Mißverständnissen erhöhe. Er sei deshalb bereit, bald über diese Fragen zu sprechen und zu überlegen, was getan werden könne. Dies sollte jedoch ohne Öffentlichkeit geschehen.

GS Gorbatschow berichtete, daß er dies zu Modrow gesagt habe und jetzt auch gegenüber dem Bundeskanzler anspreche. Unabhängig von den politischen Fragen, wie diese sich weiterentwickeln würden, über eine Vertragsgemeinschaft, Konföderation, müsse er sagen, daß die Wirtschaft vorrangig sei. Der Bundeskanzler sage zu Recht, was sei die Wirtschaft ohne entsprechende Währung.

Er habe Modrow gesagt, wenn die DDR und die Bundesrepublik ihre Zusammenarbeit ausbauen und neu strukturieren würden, müsse man aufpassen, vorhandene Strukturen nicht zu zerstören, sondern die Zusammenarbeit zu bereichern. Er habe sich das genau überlegt. Die Bundesrepublik müsse jetzt von der DDR eine große Bürde übernehmen. Dies verstünde er. Er sei bereit, sich in unterschiedlichen Bereichen an der Zusammenarbeit, wie z.B. bei Joint-

ventures, die auf dem Gebiet der DDR vorhanden seien oder entstünden, zu beteiligen. Dies passe in das hinein, was sie besprochen hätten, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland eine lange Tradition hätten. Sie müßten jetzt aufpassen, damit sie diese Erbschaft nicht verlieren, sondern anreichern würden.

Jetzt komme er jedoch zur Hauptfrage. Kern des deutschen Problems bleibe die militärische Frage, zu der das Problem der europäischen und globalen Balance hinzukomme. Ihre Formel würde einschließen: Es dürfe kein Krieg von deutschem Boden ausgehen; die Grenzen seien unverletzlich, und das Territorium des zukünftigen Deutschlands dürfe nicht von äußeren Kräften genutzt werden.

Wichtig sei die Frage nach dem Status des neuen Deutschlands. Wie solle er aussehen? Er wisse, daß für den Bundeskanzler wie für die meisten anderen die Neutralität nicht nur unannehmbar sei, sondern auch einen Rahmen schüfe, der das deutsche Volk erniedrige. Er verstehe diese Argumentation und unsere Gefühle. Auch er spüre, daß das so aussehen würde und daß bei den heutigen Generationen der Eindruck entstünde, als würden alle Leistungen für den Frieden, die in der Vergangenheit erbracht worden seien, jetzt gestrichen. So dürfe man politisch nicht handeln. Trotzdem sehe er ein vereinigtes Deutschland außerhalb des militärischen Gebäudes mit nationalen Streitkräften, die für die nationale Verteidigung ausreichen. Er wisse nicht, wie der Status aussehen solle, wenn nicht neutral, so vielleicht blockfrei wie beispielsweise Indien, China oder andere in Europa, als aktive Kraft in Europa und in der Welt.

Dieser Gedanke müsse weitergedacht und durchgespielt werden. Alle solche Überlegungen, daß ein Teil Deutschlands der NATO, der andere Teil dem Warschauer Pakt angehöre, seien nicht ernst zu nehmen. Dies gelte auch für den Vorschlag, daß bestimmte Truppen bis zu einem bestimmten Fluß, jedoch nicht im anderen Teil Deutschlands stationiert sein sollten. Dies sei auch nicht ernst zu nehmen. Sie sollten diese Gedanken einmal miteinander durchspielen. Was er jetzt sage, sei unter einem wirklichen Vier-Augen-Gespräch zu verstehen. Es werde immer die Frage gestellt, was denn die NATO ohne die Bundesrepublik, ohne Deutschland noch sei. Dies gelte dann aber auch für den Warschauer Pakt. Was sei denn noch der Warschauer Pakt ohne die DDR mit ihren starken Truppen noch wert? Wenn sie sich über die wichtigsten Fragen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit einig würden, dann dürften sie aber nicht in der anderen wichtigen Frage des militärischen Aspekts auseinanderlaufen. Wenn gesagt werde, daß die NATO ohne Deutschland zerfallen werde, gelte dies auch für den Warschauer Pakt. Ein Blick auf die Karte zeige jedoch, warf der Bundeskanzler ein, daß das Gewicht des jeweiligen Teils Deutschlands für das jeweilige Pakt-System nicht vergleichbar sei.

Es gehe ihm darum, fuhr GS Gorbatschow fort, daß sie zusammen handeln wollten. Es könne nicht darum gehen, daß jede Seite ihren einseitigen Weg einschlage und auf diese Weise NATO und Warschauer Pakt zerschlagen würden. Dies sei nicht sein Weg. Sie könnten einseitig alle Truppen abziehen und erklären, wie es dann mit dem Warschauer Pakt aussehe. Dagegen würde der Westen die NATO zusammenhalten. Dies sei keine Politik von Gorbatschow. Dies wäre eine deformierte Politik. Er wolle niemanden verdächtigen, aber man solle auch keinen Argwohn aufkommen lassen. Es gehe jetzt darum, das Vertrauen zu sichern, das sie aufgebaut hätten: Deshalb sei es erforderlich zusammenzuarbeiten.

Gegenüber ihren Freunden sollten sie deshalb sagen, daß sie gemeinsam ein interessantes Gespräch darüber geführt hätten, wie Europa und die Welt aussehen sollten, und daß sie dieses Gespräch über die Zukunft der NATO und des Warschauer Paktes unter neuen Bedingungen fortführen wollten.

Er habe über diese Fragen auch mit Baker gesprochen. Baker habe sich auf den Bundeskanzler berufen und vorgeschlagen, daß die Vertreter der zwei deutschen Staaten und der vier Siegermächte miteinander sprechen und einen gemeinsamen Tisch finden sollten. Dies würde verhindern, daß Verdachtsmomente auftreten könnten.

Der Bundeskanzler bezeichnete diesen Vorschlag als eine gute Überlegung. Eine Vier-Mächte-Konferenz über Deutschland lehne er dagegen ab. „Nichts ohne Sie“, rief GS Gorbatschow aus.

Der Bundeskanzler fuhr fort, daß ein Treffen der Zwei plus Vier oder Eins plus Vier bald stattfinden sollte. Wenn ein solches Gespräch in Deutschland stattfinden könne, wäre dies sehr gut. Dies halte er durchaus für möglich, erwiderte GS Gorbatschow. Aus psychologischen Gründen wäre dies wünschenswert, erklärte der Bundeskanzler. Aber wo solle dieses Gespräch stattfinden?, scherzte GS Gorbatschow. Solle der Verhandlungstisch mit zwei Beinen auf dem Boden der Bundesrepublik und mit zwei Beinen auf dem Boden der DDR stehen? Diese Vorstellung gehöre glücklicherweise der Geschichte an, erwiderte der Bundeskanzler. Er wolle dies auch nur als einen Scherz verstanden wissen, fügte GS Gorbatschow hinzu.

Der Bundeskanzler fügte hinzu, daß vor Beginn einer solchen Konferenz eine Lösung erreicht sein müsse. GS Gorbatschow nickte zustimmend. Es müsse eine Lösung gefunden werden, die die Sowjetunion, die USA und die Deutschen zufriedenstelle, ohne daß sie damit irgend jemandem zu nahe treten würden. Er sei einverstanden, erwiderte GS Gorbatschow. Sicherlich sei es aus psychologischen Gründen wichtig, Rücksicht auf Frankreich und Großbritannien zu nehmen, fuhr der Bundeskanzler fort. Der Bundeskanzler könne die Sowjetunion und die USA nicht so leicht loswerden, erklärte GS Gorbatschow, und Frankreich und Großbritannien seien die besten Freunde des Bundeskanzlers.

Der Bundeskanzler berichtete, daß Präsident Bush und die amerikanische Öffentlichkeit die deutsche Einheit unterstützten. So wie er den Generalsekretär gebeten habe, in der Grenzfrage aus psychologischen Gründen Rücksicht auf ihn zu nehmen, wie er bereit sei, Rücksicht auf den Generalsekretär zu nehmen, so müsse man auch auf Frankreich und Großbritannien Rücksicht nehmen. Er sei einverstanden, erwiderte GS Gorbatschow.

Der Bundeskanzler faßte das Gespräch zusammen und fragte den Generalsekretär, ob er mit folgender Schlußfolgerung einverstanden sei:

Sie seien sich darüber einig, daß die Entscheidung über die Einigung Deutschlands eine Frage sei, die die Deutschen jetzt selbst entscheiden müßten. Die Deutschen müßten jedoch den internationalen Kontext berücksichtigen. Dazu gehörten auch die Lehren aus der Geschichte, wie sie sich aus dem Krieg und seinen Folgen ergeben hätten. Dazu gehöre auch, daß die Deutschen die berechtigten Sicherheitsinteressen der Nachbarn zu berücksichtigen hätten. Parallel zum Einigungsprozeß in Deutschland müßten in der Frage der Bündnisse befriedigende Lösungen gefunden werden.

Man müsse demnach von einem Prozeß ausgehen, der auf zwei Schienen verlaufe. Jetzt gehe es darum, unverzüglich an diesen Themen zu arbeiten und mit den Partnern darüber zu reden. Er wolle den Generalsekretär fragen, ob er diese Zusammenfassung öffentlich berichten könne. Was er nicht öffentlich sagen werde, [sei,] daß sie vereinbart hätten, aufgrund der speziellen Wirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion mit der DDR eine diskrete Bestandsaufnahme zu machen, um in die Verpflichtungen der DDR eintreten zu können. Die Bundesregierung werde auch mit den USA, mit Frankreich und Großbritannien reden. Ziel sei es, daß beide deutschen Staaten oder ggf. nur noch ein deutscher Staat sich zu Gesprächen mit den Vier Mächten trafen, um die Entwicklung zum Abschluß zu bringen.

GS Gorbatschow bestätigte, daß alles, was der Bundeskanzler gesagt habe, sehr nahe an seinen Ausführungen liege. Er wolle noch einmal auf den Anfang der Aussagen des Bundeskanzlers zurückkommen, um einen Akzent zu setzen. Zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik und unter Berücksichtigung des Modrow-Besuchs¹⁶ gebe es keine Mei-

16 Nr. 156 Anm. 1.

nungsverschiedenheiten über die Einheit der deutschen Nation. Und in bezug auf die eigene Wahl der staatlichen Form dieser Einheit. Und wie die Einheit vollzogen werden solle. Dies sei das Recht der Deutschen. Gleichzeitig gebe es Einvernehmen darüber: Es gehe dabei nicht nur darum, die objektiven Interessen und Hoffnungen der Deutschen, sondern auch die der Nachbarn voll zu berücksichtigen. Hier gebe es keine Differenz, warf der Bundeskanzler ein.¹⁷

GS Gorbatschow stimmte zu. Er fügte hinzu, daß dieser Prozeß ein äußerst wichtiger Teil des gesamten europäischen Prozesses darstelle.

Der Bundeskanzler erinnerte an die Aussage von Konrad Adenauer vor 35 Jahren, der darauf hingewiesen habe, daß die deutsche Frage nur unter einem europäischen Dach gelöst werden könne. Adenauer habe Recht behalten. Adenauer verdiene, immer wieder neu gelesen zu werden, erwiderte GS Gorbatschow. Er forderte den Bundeskanzler auf, daß sie die Hand auf den Pulsschlag legen sollten. Die Hauptsache bestehe darin zu verhindern, daß die Situation außer Kontrolle gerate.

Der Bundeskanzler berichtete, daß er auf der Fahrt vom Flughafen Außenminister Schewardnadse angeboten habe, daß er bereit sei, sich binnen weniger Stunden zu treffen, wenn eine schwierige Situation eintreffen sollte, die er zwar jetzt nicht voraussehe, aber wer wisse dies schon. Vor 5 Wochen hätte er auch noch nicht von der Notwendigkeit einer Währungsunion gesprochen. Er wolle den jetzt vor ihnen liegenden Weg mit dem Generalsekretär gemeinsam gehen. GS Gorbatschow nickte zustimmend.

Seit Bonn sei ein neues Kapitel in den beiderseitigen Beziehungen aufgeschlagen worden. Die Notwendigkeit für eine Zusammenarbeit sei heute noch größer geworden. Dies enthalte aber auch eine große Chance. Absolut, erwiderte GS Gorbatschow.

Der Bundeskanzler sprach die Lage der Deutschen in der Sowjetunion an. Die Zahlen der Ausreisen hätten sich erhöht. Er hätte kein Interesse, daß die Rußlanddeutschen in die Bundesrepublik ausreisen würden. Er wolle deshalb fragen, ob es eine Chance gebe, hier etwas gemeinsam tun zu können.

GS Gorbatschow erwiderte, daß er eine solche Chance sehe. Die Menschen sollten hierbleiben und Kasachstan etc. nicht verlassen. Sie seien sehr geschätzt. Sie seien dabei, diese Probleme zu besprechen und neue Formen zu suchen, damit die Menschen ihre Interessen im Rahmen einer Autonomie wahren könnten. Praktische Ideen bestünden weiter. Aber in den vergangenen Jahrzehnten sei so viel geschehen, daß es deshalb keine mechanische Rückkehr in alte Formen geben könne. Deshalb seien sie dabei, neue Formen zu finden. So habe es an einem Ort nicht geklappt, an einem anderen gebe es jedoch eine Chance. Er wolle diese Frage lösen. Der Oberste Sowjet befasse sich mit dieser Frage. Sie würden den Bundeskanzler unterrichten. Sie strebten eine positive Lösung an und diese sehr schnell.

Der Bundeskanzler fragte den Generalsekretär, wie er die Nationalitätenfrage sehe. GS Gorbatschow antwortete, daß die Nationalitätenprobleme gelöst werden müßten. Bei einem Staat mit 120 Sprachen kämen sie nicht umhin. Perestroika könne nicht erfolgreich sein, wenn diese Probleme nicht gelöst würden. Dabei handele es sich sowohl um wirtschaftliche als auch um politische Probleme. Seine Kritiker fänden in dieser Frage gute Nahrung gegen ihn. Die Gesellschaft verstehe es jedoch. Dies gelte selbst für konservativste Kreise. Wenn sie nicht vor 5 Jahren mit der Perestroika begonnen hätten, wäre es in der Sowjetunion wie in Rumänien und in der DDR gelaufen. Der Bundeskanzler helfe der DDR; ihnen würde niemand helfen. Es gebe keine Alternative zu diesem Weg. Er sage immer, daß die Probleme

17 Bundeskanzler Kohl gab daraufhin am 10. Februar 1990 in Moskau vor der Presse eine Erklärung ab (Manuskript: BK, 213 – 30104 S 25 So 17, Hauptvorgang; Faksimile S. 812); geringfügig abweichender Wortlaut in: Bulletin. Nr. 24. 13. Februar 1990, 189.

nicht auf einem Weg erreicht werden könnten, der nach rückwärts gewandt sei, sondern nur auf einem Weg, der nach vorne weise.

Der Bundeskanzler erwiderte, daß für die Entwicklung der Beziehungen beider Länder große Möglichkeiten vorhanden seien, wenn die deutsche Frage als Hemmschuh weggeräumt sei. Es gehe jetzt darum, eine Zeit friedlicher Beziehungen zu begründen. Sie hätten die Chance, gemeinsam viel zu leisten.

Die Bundesrepublik sei ökonomisch in einer guten Verfassung, um der vor ihr liegenden Entwicklung gerecht werden zu können. Die letzten 8 Jahre seien die besten nach dem Krieg gewesen. Es sei deshalb nur natürlich, daß die Bundesrepublik und die Sowjetunion vieles gemeinsam machen könnten. Dies gelte für den Bereich der Wirtschaft wie beispielsweise auch für die Zusammenarbeit in der Forschung. So habe er Anweisung gegeben, die Verhandlungen über die Zusammenarbeit im Weltraum zu beenden.¹⁸ Es gebe noch eine Differenz in der Finanzierung in der Größenordnung von 8 Millionen. Er sei jedoch der Meinung, daß diese Frage jetzt gelöst werden solle. Damit könnten sie ein weiteres Beispiel für gute Zusammenarbeit dokumentieren.

Er sei entschieden der Meinung, daß das vor uns liegende Jahrzehnt ein Jahrzehnt der Europäer und nicht der Japaner sein werde.

GS Gorbatschow stimmte zu, daß die Japaner nicht mehr graue Zellen hätten als die Europäer: Sie verstünden es nur, sie einzukaufen. Japan habe vertrauliche Überlegungen für eine Zusammenarbeit in der Wirtschaft eingeleitet. ...¹⁹ Er habe seinem japanischen Gesprächspartner Abe gesagt, daß es ein Irrtum sei zu glauben, daß die Sowjetunion mehr als Japan an wirtschaftlicher Zusammenarbeit interessiert sei. Sie könnten auch auf die neue Generation warten. Abe sei mit einem Vorschlag von neun Punkten für die Zusammenarbeit in Moskau gewesen.²⁰

Der Bundeskanzler bedankte sich für das Gespräch. Er habe sich sehr gefreut, weil es ein sehr gutes Gespräch gewesen sei.

GS Gorbatschow erwiderte, daß er hoffe, daß in dieser für Europa und für die Welt historischen Zeit, in der sich das Schicksal unserer Länder entscheide, die Beziehungen nicht nur entwickelt, sondern weiter ausgebaut würden.

Der Bundeskanzler sagte dem Generalsekretär zu, ihn persönlich über die weitere Entwicklung auf dem laufenden zu halten und sich notfalls kurzfristig mit ihm zu treffen.

GS Gorbatschow erwiderte, daß viele Fragen auftauchen würden. Wenn z.B. der Bundeskanzler die D-Mark in der DDR einführen würde, seien davon auch die sowjetischen Truppen in der DDR betroffen. Ihre Kalkulation bezöge sich auf eine andere Währung.

Das Gespräch wurde in erweitertem Kreis mit beiden Außenministern fortgesetzt.²¹

Teltschik

18 Das am 25. Oktober 1988 in Moskau unterzeichnete Abkommen zwischen dem Bundesminister für Forschung und Technologie der Bundesrepublik Deutschland und der Akademie der Wissenschaften der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken trat am 5. Juli 1990 in Kraft (BGBl. 1990 II, 801 f.)

19 Ein Satz nicht freigegeben.

20 Generalsekretär Abe und eine Delegation der Liberal-Demokratischen Partei Japans trafen am 15. Januar 1990 mit Generalsekretär Gorbatschow in Moskau zusammen.

21 Nr. 175.